Frankfurter Allgemeine Zeitung / 09.10.2026 / Seite 2

„Können uns keine Abenteuer erlauben“

Unionsfraktionschef Thorsten Frei glaubt an die Koalition – obwohl sie selbst Errungenschaften schlechtrede. Ein Gespräch über die Ungeduld in den eigenen Reihen, den Aufstieg der AfD, Auswirkungen einer rot-grün-roten Koalition in Berlin – und seinen Vorgänger Jens Spahn.

Herr Frei, können Sie uns erklären, was eine Reform ist: nur eine finanzielle Reparatur oder eine strukturelle Änderung, die das Leben der Menschen besser macht?

Unsere ganze Politik ist darauf ausgerichtet, das Leben für die Menschen besser zu machen. Dazu gehören beispielsweise die Lohnnebenkosten, die wir mindestens stabil halten wollen, damit den Arbeitnehmern genügend Netto vom Brutto bleibt. Mit stabilen Lohnnebenkosten halten wir auch die Kosten für die Unternehmen in Grenzen, damit die Arbeitsplätze nicht ins Ausland abwandern. Nur so können unsere Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben.

Wo muss gespart werden?

Nehmen Sie etwa die Gesundheitsversorgung oder die Pflegeversicherung. Da kommen wir um Einsparungen nicht herum, weil wir eine alternde Gesellschaft sind. Zudem muss es strukturelle Veränderungen in vielen Bereichen geben, um die Systeme funktionsfähig und bezahlbar zu halten. Eindrücklich sieht man das bei der Reform der Rentenversicherung. Da soll Schluss sein mit dem, was wir in der Vergangenheit gemacht haben: Die Rentenversicherungsbeiträge sind gestiegen, die Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt an die Rentenversicherung auch, und das Rentenniveau ist trotzdem gesunken. Das kehren wir um und bieten eine Perspektive für die Rente der nächsten 25 bis 30 Jahre, die eben nicht auf dem Alterssicherungsniveau von 48 Prozent verharren soll, sondern – im Gegenteil – in den nächsten Jahren deutlich ansteigen wird.

Wie weit?

Schon in den 2040er Jahren soll durch den Einstieg in das Kapitaldeckungsprinzip das Rentenniveau bei 50 Prozent und mehr liegen.

Aber erstmal haben die Menschen die Sorge, dass sie nicht mehr abschlagsfrei nach 45 Jahren in Rente gehen können. Oder, im Rahmen der sogenannten Rente mit 63, auch mit Abschlägen.

Man wird auch in Zukunft früher in Rente gehen können, wenn man das will oder die Tätigkeit es erfordert. Dann muss man aber – versicherungsmathematisch korrekte – Abschläge in Kauf nehmen. Das ist der Vorschlag der Alterssicherungskommission. Sie hat auch Vorschläge gemacht für Menschen, die lange eingezahlt haben und kurz vor der Rente zum Beispiel aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in ihrem Beruf arbeiten können. Die Betroffenen können eine soziale Schutzrente bekommen, also weiterhin nach 45 Beitragsjahren abschlagsfrei in Rente gehen. Das ist ein insgesamt überzeugendes Konzept, das Spielräume zulässt und das ich gerne so umsetzen möchte.

Und Sie würden vermutlich auch gerne einen Gesetzentwurf von Arbeitsministerin Bärbel Bas dazu haben.

Ich bin sicher, dass Ministerin Bas in Kürze entsprechende Vorschläge machen wird. Dann haben wir eine Grundlage, auf der wir beraten können.

An dem Entwurf wird nun schon seit drei Monaten gearbeitet. Ganz schön lange, oder?

Ja, das ist eine lange Zeit. Aber ich bin davon überzeugt, dass man diese Zeit im Ministerium gut genutzt hat. Für uns als Union ist entscheidend, dass man das von der Alterssicherungskommission vorgeschlagene Paket vollständig umsetzt. Deswegen warten wir im Zweifel noch zwei Wochen und bekommen dann ein komplettes Rentenpaket. An dieser Stelle geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

Auch beim Koalitionsausschuss am Mittwochabend konnte aber weiter kein Fortschritt vereinbart werden – ist der Zeitplan für die Rentenreform noch in diesem Jahr überhaupt noch zu halten?

Einspruch! In dieser herausfordernden Zeit ist es ein wichtiges Signal, dass die Koalition ihr Reformpaket weiter mit Nachdruck vorantreibt. Entscheidend ist ein zügiger Abschluss.

Sie haben auf dem Weg zu einer Pflegereform entscheidende Konfliktpunkte ausgelagert in eine Kommission. Festgelegt haben Sie sich aber darauf, dass Kinderlose mehr bezahlen müssen. Ist das gerecht?

Ich kann nachvollziehen, dass viele Betroffene diese Regelung im Gesetzentwurf der Bundesregierung als ungerecht empfinden, insbesondere diejenigen, die ungewollt kinderlos geblieben sind. Kinder zu haben, hat aber auch ökonomische Konsequenzen. Kinder kosten Geld. Zudem: 86 Prozent der Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt. Wenn man keine Kinder hat, ist man in der Regel eher auf die Solidargemeinschaft angewiesen. Daher steigt der Beitrag für die Kinderlosen jetzt von 0,6 auf 0,9 Prozent. Das ist nicht schön für die Betroffenen, aber ich halte es systemisch für gut vertretbar.

Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt und steigt. Wie lange hält das System das aus?

Vor neun oder zehn Jahren hatten wir in Deutschland 2,8 Millionen Pflegebedürftige. Heute sind es 6,4 Millionen. Wenn wir die Dinge so weiterlaufen lassen, müssen wir bald von zehn Prozent der Bevölkerung ausgehen, die unter den Begriff Pflegebedürftigkeit fallen. Ich bin davon überzeugt, dass dies ein sehr verzerrtes Bild der Realität ist.

Ist es gerecht, wenn Menschen, die nie etwas in die Sozialsysteme eingezahlt haben, so behandelt werden wie Menschen, die über viele Jahre ihre Beiträge entrichtet haben?

Nein, das empfinde ich persönlich nicht als gerecht. Unsere Sozialversicherungssysteme funktionieren in der Regel so, dass derjenige, der eine Leistung bekommt, zuvor etwas einbezahlt haben muss.

Ist es eigentlich eine Frage der Gerechtigkeit oder der Mathematik, wie viel

Fortsetzung nächste Seite

Rente jemand bekommt?
Es gilt das Äquivalenzprinzip: Wer mehr einbezahlt, der kriegt auch mehr raus. Dieses Prinzip ist in den vergangenen Jahren stark geschliffen worden. Aber wir müssen es für die Zukunft grundsätzlich erhalten. Zu glauben, dass ein System, das derart mit demographischen Herausforderungen konfrontiert ist wie das deutsche, unabhängig von den Regeln der Mathematik funktionieren kann, ist ein absoluter Trugschluss. Wir müssen uns so organisieren, dass es gerecht zugeht, auch zwischen den Generationen.

In der Union hört man häufig, man müsse bei den Reformen zu viel Rücksicht auf die SPD nehmen. Ist die Geduld mit dem Koalitionspartner bald am Ende?
Die Rahmenbedingungen sind eine echte Herausforderung. Trotzdem bin ich dagegen, dass man Politik nach dem Motto macht: Friss oder stirb! Deswegen ringen wir um Kompromisse, um die besten Lösungen für das ganze Land. Und zwar im Rahmen der parlamentarischen Mehrheiten, die uns dafür zur Verfügung stehen. Also heißt meine Antwort: Nein, wir machen den Sozialdemokraten nicht zu viele Zugeständnisse. Und Geduld braucht man in der Politik immer.

Als das Kabinett jetzt die Veränderungen in der Pflegeversicherung beschlossen hat, sagte die SPD-Unterhändlerin Dagmar Schmidt, man habe das Schlimmste verhindert. So klang FDP-Chef Christian Lindner kurz vor dem Ende der Ampel. Ist es denn schon wieder so weit?
Nein, so weit ist es nicht. Da bin ich mir sicher. Gleichwohl ist es schwierig, wenn wir selbst unsere Errungenschaften als kleinsten gemeinsamen Nenner schlechtreden. Was das Kabinett zur Pflege beschlossen hat, das ist eine tragfähige Verbesserung des Systems, das ohne Reform bis 2030 in größte Schieflage kommen würde. Um nur einen Punkt zu nennen: Wir stärken die Früherkennung und Rehabilitation: Jeder Versicherte ab dem 60. Lebensjahr wird künftig Anspruch auf eine Früherkennungs-Untersuchung „Check-up 60+“ haben. Denn der beste Schutz vor Pflegebedürftigkeit beginnt mit der Prävention.

Besonders laut und oft wettert die sozialdemokratische Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, gegen die Reformpolitik der Koalition in Berlin.

Jeder von uns sollte sich sehr genau überlegen, welchen Beitrag er oder sie zum Gelingen des Ganzen leisten kann – nicht nur zur Stabilisierung der Koalition. Es geht darum, für dieses Land gute Lösungen zu finden, die auch morgen und übermorgen noch überzeugend sind. Ich finde es verstörend, wenn wir in der Koalition selbst diese Kompromisse kleinreden. Wie wollen wir denn dann andere von unseren Leistungen überzeugen?

Haben Sie das Gefühl, dass einige Sozialdemokraten aus dieser Koalition rauswollen oder sie bewusst beschädigen?
Ich sehe bei den Sozialdemokraten ein klares Bekenntnis zur gemeinsamen Koalition. Das stimmt mich zuversichtlich. Der ernsthafte Versuch in dieser Koalition, das Bestmögliche für unser Land zu erreichen, ist auch der einzig verantwortungsvolle Weg. Das gilt für Union und SPD.

Sehen Sie das klare Bekenntnis auch in der Aufforderung des Vizekanzlers Lars Klingbeil an Ihre Partei, die CDU müsse sich nach der Wahl eines Landtagspräsidenten von der AfD mit mehr Stimmen als erwartet erklären?
Keiner kann wissen, wer wie bei einer geheimen Wahl abgestimmt hat. Die CDU hat klargestellt, dass sie sich nach Rechts- und Linksaußen abgrenzt. Diese Klarheit erwarte ich auch von unseren Partnern. Sondierungsgespräche mit einer extremistischen Partei in der Bundeshauptstadt aufzunehmen, ist ein Tiefpunkt.

Aber wie erklären Sie sich, wie es dazu kommen konnte, dass der AfD-Kandidat vier Stimmen mehr bekommen hat, als AfD und BSW hatten – und was folgt für Sie daraus?
Wir sollten uns nicht ins Reich der Spekulationen begeben. Und wie gesagt, die CDU hat eine eindeutige Beschlusslage im Verhältnis zu anderen Parteien.

Im Koalitionsausschuss hat die Landtagspräsidenten-Wahl in Magdeburg aber trotzdem für Gesprächsstoff gesorgt?
Selbstverständlich haben wir über die aktuellen Ereignisse in Magdeburg und Berlin gesprochen. Wir sind uns darin einig, dass eine erfolgreiche Arbeit der Bundesregierung das beste Mittel ist, um die politischen Ränder zurückzudrängen.

Im Bundestagswahlkampf im Januar 2025 hat der damalige Kanzlerkandidat und heutige Kanzler Friedrich Merz kurzfristig seinen Kurs angepasst und einen Migrationsantrag im Bundestag gestellt, war das eine zu impulsive Handlung?
Nein, es war kein impulsiver Schritt. Die Entscheidung wurde im Lichte der damaligen Gemengelage getroffen, und zwar sowohl inhaltlich wie auch parlamentarisch. Von ihr waren die einen mehr überzeugt, die anderen weniger. Am Ende wurde sie gemeinsam getroffen – nach intensiver Beratung.

Sie haben also auch keine Sorge, dass der Kanzler jetzt unter Druck oder weil es schlecht läuft für ihn und seine Regierung, impulsiv handeln und die SPD doch rausschmeißen könnte?
Nein, das kann ich ausschließen. Das liefe auf eine Minderheitsregierung hinaus, und die wird es nicht geben. Dazu ist unsere Haltung ganz klar. In diesen geopolitisch, sicherheitspolitisch und wirtschaftlich so fordernden Zeiten können wir uns keine Abenteuer erlauben. Wir haben den demographischen Wandel sowie einen Reform- und Investitionsstau, und das alles erfordert starke politische Akteure. Aber die Wahl- und Umfrageergebnisse lasten auf uns. So ehrlich muss man sein. Trotzdem wäre es unverantwortlich, jetzt einen anderen Weg zu beschreiten. Ich kenne niemanden, der das ernsthaft diskutiert.

Aber die acht Ministerpräsidenten Ihrer Partei hielten es doch offenbar für sehr wichtig, bei ihrem Unterstützungsschreiben für „den Kanzler“ gleich klarzumachen: Bei einer Minderheitsregierung gilt das nicht.

Es ist ja kein Fehler, das Eindeutige noch einmal zu unterstreichen.

Aber Sie bekommen doch gerade jetzt als Fraktionsvorsitzender mit, wie groß die Unzufriedenheit in Ihren Reihen mit der SPD ist – und dass es durchaus bei manchem die Sehnsucht gibt, es ohne Sozialdemokraten zu versuchen.
Nein, das erlebe ich nicht so. Natürlich gibt es in der Unionsfraktion, so wie es das wahrscheinlich auch in der SPD-Fraktion gibt, Kolleginnen und Kollegen, die sehr unzufrieden sind – bei uns vor allem mit dem Tempo der Reformen. Das kann ich nachvollziehen. Auch mir geht es oft so. Aber jeder weiß, dass es jetzt nicht anders geht.

Ihr Vorgänger als Fraktionsvorsitzender, Jens Spahn, hatte teilweise mit dramatischen Auswirkungen Schwierigkeiten, die Mehrheiten sicherzustellen. Bei nur zwölf Stimmen Mehrheit für die Koalition muss der Haushalt im Herbst noch verabschiedet werden, schon jetzt schimpft man darüber viel in der Union. Können Sie die Mehrheit sicherstellen?
Das ist meine Aufgabe. Es stimmt aber, dass wir einen Haushalt beschließen müssen, der viele Herausforderungen birgt. Der Entwurf ist zwar rechts- und verfassungskonform, aber enthält jede Menge Zumutungen für unsere Fraktion. Beschlossen hat diesen Haushaltsentwurf aber das ganze Kabinett, weshalb er Grundlage für unsere Überlegungen sein muss. Verbessern wollen

Fortsetzung nächste Seite

wir den Haushalt im parlamentarischen Verfahren natürlich schon. Dafür schauen wir uns sowohl die Einnahmen wie auch die Ausgabenseite an. Einige Schmerzpunkte müssen wir beseitigen. Aber am Ende können wir nicht alle glücklich machen. Trotzdem bin ich zuversichtlich.

Wenn wir schon bei Ihrem Vorgänger sind: Haben Sie in der jüngsten Vergangenheit ab und zu mal gestaunt beim Verhalten von Jens Spahn?
Wir reden regelmäßig miteinander. Deshalb weiß ich, dass er die ein oder andere Entscheidung heute anders treffen würde.

Kann Spahn, nachdem er gerade wieder zurücktreten musste, noch eine größere Rolle in der Fraktion spielen?
Das entscheidet die Fraktion, und das entscheidet er. Er hat sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass er sich jetzt um die Familie und seinen Wahlkreis kümmern will. Ich halte das für die richtige Entscheidung.

Wundern Sie sich darüber, was der Landesverband Ihres sozialdemokratischen Koalitionspartners gerade in Berlin anbahnt: eine Koalition mit der Linken?
Die Linke in Berlin ist ein ganz besonders radikaler, ich möchte sagen, extremistischer Landesverband – von der Nähe zum Antisemitismus und den kriminellen Clans über die Vergesellschaftungsphantasien bis zu den irritierenden Äußerungen über unsere Polizei, der kriminelle Strukturen unterstellt werden. Darauf reagiere ich allergisch, denn mein Vater war Polizist, und mein Bruder ist Polizist. Mit einer solchen Partei dürfen sich SPD und Grüne nicht gemeinmachen. Das gilt insbesondere, wenn es zu einem solch inakzeptablen Bündnis auch eine parlamentarische Alternative gäbe.

Ihre Generalsekretärin hat im F.A.Z.-Interview gesagt, eine rot-grün-rote Koalition in Berlin wäre eine schwere Belastung für die Bundesregierung. Aber hätte es auch tatsächliche Konsequenzen?
Ich bin ein pragmatischer Mensch und bleibe bei meiner schon dargestellten Linie: In der Bundesregierung müssen Union und SPD versuchen, das Beste für unser Land zu erreichen. Nichtsdestoweniger stimmt es mich nachdenklich, wenn unser Koalitionspartner überall dort, wo er Wahlmöglichkeiten hat, sich für die andere Seite entscheidet. Das werden wir sehr offen thematisieren.

Die Fragen stellten **Eckart Lohse** und **Matthias Wyssuwa.**